



Eine vierköpfige Familie müsste bei Einführung einer Öko-Umlage auf Heizenergie jährlich rund 290 Euro mehr für die warme Wohnung bezahlen.

Wissenschaftliches Gutachten warnt:

Öko-Umlage auf Heizenergie schafft soziale Ungerechtigkeit

Eine Sonderabgabe auf Heizöl und Erdgas nach dem Vorbild der Ökostrom-Umlage würde die Heizkosten in zwei Drittel der deutschen Haushalte deutlich nach oben treiben. Sie führt überdies zu erheblichen sozialen Verwerfungen. Denn Geringverdiener werden überproportional belastet. Zu diesem Ergebnis kommt ein wissenschaftliches Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) im Auftrag von Verbänden der Mineralölwirtschaft. Betroffen von einer derartigen Zwangsabgabe wären rund 27 Millionen Haushalte.

Eine Familie mit zwei Kindern beispielsweise müsste im Durchschnitt 24 Euro pro Monat zusätzlich für die warme Wohnung aufbringen. Rentnerhaushalte im Eigenheim würden monatlich mit fast 19 Euro, Alleinerziehende mit einem Kind mit knapp 16 Euro mehr belastet. Top-Verdiener hingegen könnten profitieren. Deshalb erteilt das IW einer derartigen Umlage auf konventionelle Heizenergeträger eine klare Absage. „Nicht empfehlenswert, da sie zu sozialpolitisch kritischen Effekten führt und sich außerhalb der parlamentarischen Kostenkontrolle bewegt“, so das Fazit des Gutachtens. Zudem sieht das IW die Gefahr, dass mit der Umlage erneut nicht die kosteneffizientesten Techniken, sondern die teuersten gefördert werden.

Geringverdiener überproportional belastet

Ein verbrauchsabhängiger Zuschlag nach Muster der Ökostrom-Umlage im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird seit Monaten von verschiedenen politischen Interessengruppen propagiert. Nach ihren Vorstellungen sollen künftig damit unabhängig vom Bundeshaushalt energetische Gebäudesanierungen und regenerative Wärmeenergie

gieträger subventioniert werden. Zu den Befürwortern der Öko-Umlage auf Gas und Heizöl zählen beispielsweise die den Grünen nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE).

Die finanziellen Auswirkungen einer solchen Zwangsabgabe treffen einkommensschwächere Haushalte besonders hart, wie die Berechnungen belegen. IW-Gutachter Dr. Hubertus Bardt: „Gemessen am Einkommen, wäre die Belastung für Geringverdiener mehr als dreimal so hoch wie die für Besserverdienende.“

Mieter wären die größten Verlierer

Neben Alleinerziehenden und Familien mit Kindern würden Rentner überproportional zur Kasse gebeten, insbesondere Renter in einem selbstgenutzten Eigenheim. Denn sie verfügen in der Regel über ein geringeres Durchschnittseinkommen. Durchschnittlich mehr als fünf Prozent ihres Einkommens müssten sie mit der Öko-Zwangsabgabe auf Heizenergie aufwenden.

Generell benachteiligt werden Mieter. Sie würden durch höhere Wärmekosten zwar zusätzlich belastet, haben aber keine Möglichkeit, die aus dieser Umlage finanzierten Fördermittel selbst in Anspruch zu nehmen. Auch auf die Sanierungsbereitschaft ihres Vermieters haben sie keinerlei Einfluss.

Nutznießer einer derartigen Zwangsumlage hingegen wären vor allem einkommensstarke Haushalte. Diese Schlussfolgerung lässt sich aus einer Bilanz der bisher durchgeführten energetischen Sanierungsmaßnahmen ableiten: Zwei Drittel aller Gebäudesanierungen wurden in den vergangenen Jahren von Eigentümerhaushalten in der oberen Einkommenshälfte realisiert. Zu Ende gedacht, bedeutet das: Eine alleinerziehende Krankenschwester etwa und ein weniger betuchter Rentner müssten über die Heizenergieumlage womöglich die energetische Sanierung einer hochherrschaftlichen Jugendstilvilla mitfinanzieren.

Höhe der Umlage steigt unkontrolliert

Und das mit stets steigenden Anteilen. Im IW-Gutachten wird ein Förderbedarf von jährlich 6,2 Milliarden Euro zugrunde gelegt, um die politisch festgelegten Klimaschutzziele im Gebäudebereich zu erreichen. Auf Basis des aktuellen jährlichen Gas- und Heizölverbrauchs resultiert daraus eine Sonderabgabe von 1,8 Cent je verbrauchte Kilowattstunde (kWh) Heizenergie. Dies entspricht etwa 18 Cent pro Liter Heizöl. „Damit wäre die durchschnittliche Belastung für die betroffenen Haushalte mit mehr als 13 Euro pro Monat schon zu Beginn höher als die Zusatzkosten durch die Ökostrom-Umlage des EEG des Jahres 2013, die im Durchschnitt mit rund neun Euro zu Buche schlagen“, erläutert Dr. Bardt.

Jährliche Mehrbelastung der Haushalte durch eine Umlage auf den Öl- und Gasverbrauch in Höhe von 1,8 Cent/kWh



Quelle: IW Köln; Grafik: IWO

Alle Werte beziehen sich auf die Durchschnitte der jeweiligen Haushaltstypen.

Und wie bislang die Ökostrom-Umlage würde auch eine verbrauchsabhängige Heizenergieumlage kontinuierlich – und unkontrolliert – ansteigen. Denn aufgrund der weiteren Verbreitung effizienterer Heiztechnik und verbesserter Wärmedämmung der Gebäude wird der Verbrauch von Heizöl und Gas beständig zurückgehen. Das jährliche Förderbudget müsste also über eine stets sinkende Energiemenge gedeckt werden. In der Folge stoßen immer mehr betroffene Haushalte an ihre finanziellen Grenzen.

Andere Anreizvarianten sind effektiver

„Zur Förderung von energetischen Gebäudesanierungen und Heizungsmodernisierungen stehen effektivere und sozial ausgewogenere Möglichkeiten zur Verfügung“, so IWO-Geschäftsführer Prof. Christian Küchen. „Etwa die Weiterentwicklung der bestehenden KfW-Programme sowie eine progressionsunabhängige steuerliche Förderkomponente, insbesondere auch für Teilsanierungen wie Heizungsenergieerneuerung oder Fensteraustausch.“ Solche Lösungsansätze ermöglichen auch weniger einkommensstarken Haushalten, ihr Eigenheim schrittweise energetisch zu optimieren.

+

Download des kompletten Gutachtens sowie eine Zusammenfassung mit den Schlussfolgerungen der Auftraggeber über www.iwo.de/studien